

Niederschrift zur 41. Sitzung des Beirates am Donnerstag, den 12. Juni 2014 um 18.30 Uhr im Sitzungssaal des Ortsamtes Vegesack, Gerhard-Rohlf's-Straße 62, 28757 Bremen

Beginn: 18.30 Uhr
Ende: 20.45 Uhr

Vorsitzender: OAL Herr Dornstedt
Schriftführerin: Frau Zilm

Tagesordnungspunkte:

1. Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat
2. Genehmigung der Niederschrift der 39. Sitzung vom 10.04.2014
3. Bebauungsplan 1247 für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen Beckstraße, Meinert-Löffler-Straße, Aumunder Weidestraße und Aumunder Friedhof Ca. 18.30 Uhr
4. Schulschiff Deutschland Ca. 19.30 Uhr
 - Zustand des Großseglers
 - Aktivitäten zur Vermarktung
5. Situation Alte Hafenstraße Ca. 20.15 Uhr
6. Einsetzung eines nicht ständigen Ausschusses mit 7 Mitgliedern für die Betreuung von Flüchtlingen und Asylbewerbern Ca. 21.00 Uhr
7. Besetzung des Ausschusses gem. Zif. 6
8. Anträge und Anfragen der Parteien
9. Mitteilungen des Ortsamtsleiters
10. Mitteilungen der Beiratssprecherin
11. Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

Anwesende Mitglieder:

Beringer, Volker
Buchholz, Rainer
Degenhard, Cord
Jäckel, Gabriele
Kiener, Günter
Kurt, Sabri
Pörschke, Thomas
Riebau, Joachim
Scharf, Detlef
Sprehe, Heike
Tienken, Volker
Schulte- Im Rodde, Christoph
Sonnekalb, Ralf
Sulimma, Wilfried
Frenzel, Greta
Keßenich, Gundram

Weitere Teilnehmer:

Herr Voß	Revier Vegesack
Frau Wiedau	Bauamt Bremen-Nord
Herr Ackermann	Firma BPW-baumgart + partner
Herr Romeiser	M Projekt GmbH & Co.KG

Der Vorsitzende teilt zunächst mit, dass ihn die Nachricht vom Tode des ehemaligen Ortsamtsleiters von Blumenthal, Herrn Karl Lüneburg, erreicht hat. Es wird seiner Lebensleistung gedacht.

Der Vorsitzende berichtet von der Ausschreibung „Vielfalt fördern-Gemeinschaft leben!“ und weist darauf hin, dass die Bewerbungsunterlagen im Ortsamt zur Verfügung stehen.

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Wahlen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Verwaltungsgericht anstehen. Im Ortsamt können Interessenten für diese Aufgabe die entsprechenden Antragsformulare erhalten.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugegangen ist. Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor. Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form genehmigt.

Tagesordnungspunkt 1 Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat

Der Vorsitzende berichtet über einen schriftlichen Antrag eines Bürgers. Dieser beklagt, dass in der Grohner Bergstraße gegenüber von Garageneinfahrten geparkt wird und somit die Nutzer der Garagen oft weder ein noch ausfahren können weil die Straße zu eng ist. Deshalb beantragt er die Ausweisung von Parkzonen durch weiße Strichführung. Außerdem bittet er um Prüfung, ob eine Parkzeitbegrenzung innerhalb dieser eingezeichneten Zonen möglich sei.

Der Antrag wird im Sprecher und Koordinierungsausschuss erörtert.

Ein weiterer Bürger beklagt, dass es in Vegesack nur eine Behindertentoilette gibt. Er beantragt die Einrichtung einer Behindertentoilette in der Nähe des Utkiek. Auch dieser Antrag wird im Sprecher und Koordinierungsausschuss beraten.

Tagesordnungspunkt 2 Genehmigung der Niederschriften der 39. Sitzung vom 10.04.2014

Es liegen keine Änderungswünsche vor. Somit wird die Niederschrift in der vorliegenden Form genehmigt.

Tagesordnungspunkt 3 Bebauungsplan 1247 für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen Beckstraße, Meinert-Löfflerstraße, Aumunder Weidestraße und Aumunder Friedhof.

Der Vorsitzende begrüßt Frau Wiedau vom Bauamt Bremen-Nord, Herrn Ackermann als Planer vom Planungsbüro BPW und Herrn Romeiser als verantwortlichen Architekten der Firma M-Projekt für diesen Bereich.

Der Vorsitzende berichtet, dass vor gut neun Jahren schon über dieses Baugebiet gesprochen wurde. Damals ist man zu dem Ergebnis gekommen, dass das ursprünglich als Friedhofserweiterungsgelände vorgesehene Areal nicht mehr als Friedhofserweiterungsfläche benötigt wird und dort eine Wohnbebauung zuzulassen ist. Es fand sich allerdings niemand, der diese Pläne hätte umsetzen wollen. Im letzten Jahr hat ein Umdenkungsprozess eingesetzt, was zur Folge hat, dass es neue Beratungen geben muss. Zunächst die erste Vorstellung dieser Planung und in der Folge wird die obligatorische Einwohnerversammlung geplant, damit sich die im Umfeld wohnenden Bürger dazu äußern können. Er betont, dass der heute vorliegende Vorschlag der Auftakt sei, der allerdings auch von einem Investor umgesetzt werden will.

Frau Wiedau berichtet dass 2002 der erste Planaufstellungsbeschluss gefasst wurde und am Donnerstag den 5. Juni 2014 in der Deputation erneut ein Planaufstellungsbeschluss gefasst wurde.

In ganz Bremen werden dringend Wohnbauflächen benötigt, es sollen in den nächsten Jahren bis 2020 13500 Wohneinheiten entstehen wobei kaum noch freie Flächen zu bekommen sind. Hier kann nach einem vereinfachten Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch verfahren werden, d.h. öffentliche Auslegung und Trägerbeteiligung kann gleichzeitig erfolgen. Es muss kein Umweltbericht geschrieben werden, wobei umweltrelevante Belange abgeprüft werden müssen. In diesem Fall erwartet das Amt für Naturschutz, dass ein Grünordnungsplan erstellt wird. Es wird eine qualifizierte Randgestaltung zum Friedhof und eine Einbindung der Grünstrukturen in das neue Baugebiet gewünscht.

Herr Ackermann stellt sich kurz vor und berichtet, dass das Büro BPW das Verfahren vor allem baurechtlich begleitet. Er zeigt einige Bilder von dem betroffenen Gebiet und berichtet von den ursprünglichen Planungen mit der Erschließungsstraße von der Beckstraße (Süden) als Stichstraße mit Wendemöglichkeit und einer Stichstraße der Aumunder Weidestraße (Norden) mit Wendemöglichkeit. Es waren große öffentliche Grünflächen zwischen den Erschließungsgebieten geplant, beide Straßen waren nur durch einen Fußweg verbunden. Damals wurden über 80 Wohneinheiten geplant. Er erläutert, dass die Planung im Norden ungünstig ist, weil es dort sehr eng ist, der Einmündungsbereich nah am Kreisel liegt und sich dort eine Schulbushaltestelle befindet. Auch in der Beckstraße sieht er Probleme wenn es zu Begegnungsverkehren kommt, da auch diese Straße sehr eng ist.

Herr Romeiser erklärt, dass es sich bei dem Grundstück um eine Lage in zweiter Reihe handelt. Der Baumsaum wird für sehr gestaltungsprägend gehalten. Er stellt damit eine besondere Qualität für dieses Grundstück dar. Es wurden verschiedene Erschließungsvarianten untersucht, die Erschließung von Norden nach Süden, die Erschließung nur von Norden mit einer Ringschließung und die Erschließung nur von Süden mit einer Ringschließung. Es werden bei beiden letztgenannten Varianten eher die Nachteile gesehen, im Norden der Kreisverkehr mit der Schulbushaltestelle, im Süden die Enge der Beckstraße mit dem Kindergarten und dem neuen Spielplatz. Daher ist man auf die Idee gekommen, eine Erschließungsstraße über die Meinert-Löffler-Straße (Osten) zu bauen. Im ursprünglichen Flächennutzungsplan ist diese Möglichkeit als Zuwegung zu den Friedhofserweiterungsflächen geplant gewesen. Es wären ca. 7 bis 8 Anlieger betroffen. Die Zufahrt dort wird für unkritisch gehalten, weil es einen relativ breiten Einmündungsbereich zur Meinert-Löffler-Straße geben würde. Die Vorteile: Es gibt 25% weniger versiegelte Flächen, was dazu führt, dass es mehr private Grünfläche gibt. Trotzdem soll der Grünzug gestärkt werden, auch die erhaltenswerten Bäume sollen erhalten werden. Es soll überwiegend eine Einzelhausbebauung mit 43 Wohneinheiten mit Grundstücksgrößen von ca. 500 bis 600 m² geben, die zum Teil bauträgerfrei privaten Bauherren angeboten werden. An der Flanke zum Friedhof ist eine Sonderform vorgesehen, mit der Möglichkeit dort zum Teil ebenerdige Kettenbungalows zu bauen.

Das Gebiet soll eine Ringschließung erhalten mit zwei öffentlichen Durchwegungen zum Friedhof.

Die Grünflächen sollen gestärkt werden, ein Landschaftsarchitekturbüro soll für die Gestaltung des Grünzuges beauftragt werden. Es soll eine grüne Umrandung des Gebietes geben. Es gibt teilweise Flächen die nicht benötigt werden, die sollen den dortigen Anwohnern zu günstigen Gartenlandpreisen angeboten werden.

Herr Ackermann erläutert, dass ein verkehrstechnisches Gutachten in Auftrag gegeben wurde. Es gibt eine fachtechnische Stellungnahme zur Frage, wieviel Verkehr durch das Baugebiet mit 43 Wohneinheiten erzeugt wird und wie die Auswirkungen auf den Lärmpegel aussehen. Ergebnis: Nach den gängigen Berechnungen ist damit zu rechnen, dass es im Mittel zu 151 Fahrten am Tage und zu 17 Fahrten in der Nacht kommen wird. Zum Vergleich, in der Meinert-Löffler-Straße als Hauptverkehrsstraße kommt es zu 5200 Fahrten am Tag, die Aumunder Weidestraße, die als Erschließungsstraße ausgelegt ist, kommt auf 1000

Verkehrsbewegungen am Tag, die Beckstraße ist eine reine Wohnstraße, da gibt es keine Erfassung der Verkehre. Er sagte: „da ist auch nicht viel los“. Bei dieser Äußerung gibt es Einwendungen aus dem Publikum. Herr Ackermann betont, dass es mit Sicherheit weit unter 1000 Verkehrsbewegungen dort gäbe.

Bei der Lärmprognose der planungsbedingten Emission werden alle Grenzwerte um 10 DBA unterschritten. Bei den Berechnungen wurde von 220 Fahrten am Tag ausgegangen und mit einem Puffer von 25 bis 30% gerechnet. Aus fachtechnischer Sicht hält er es für unstrittig, dass die alleinige Erschließung über den Osten aus lärmbedingten Gründen völlig unkritisch ist. Zudem sollte bedacht werden, dass die allermeisten Verkehre über den Süden ablaufen werden, daher ist auch eine Zufahrt über den Norden eher ungünstig.

Die Kanalisation kann aufgrund des Gefälles auch besser über die Erschließungsstraße Meinert-Löffler-Straße laufen.

Weitere Fachgutachten sind bzw. werden in Auftrag gegeben, das Baumkataster ist bereits erstellt, eine Biotoptypenkartierung liegt bereits als Grundlage für den Grünordnungsplan vor. Er ist guten Mutes dass es zu einer Beschlussfassung dieses Bebauungsplanes im Jahre 2015 kommen kann.

Frau Wiedau ergänzt, dass das ASV zu den Gutachten noch die abschließenden und bewertenden Stellungnahmen erstellen muss.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Ausführungen und ruft die einzelnen Wortmeldungen auf.

Herr Scharf, begrüßt, dass nach vielen Jahren endlich etwas auf dem Grundstück passiert. Er weist zurück, dass eine Auffahrt über die Meinert-Löffler-Straße unkritisch sei. Die KFZ und auch die Fahrräder kommen mit hoher Geschwindigkeit den Berg herunter. Durch die Büsche, die dort auch als Schallschutz gesehen werden, sind die Sichtverhältnisse sehr schlecht. Er geht davon aus, dass die zukünftigen Bewohner des Areals gerne den kleinen Umweg nehmen, um diesen Gefahrenpunkt zu vermeiden.

Herr Pörschke begrüßt, dass in Bremen-Nord Wohnraum geschaffen werden soll, erinnert aber an Beschlüsse des Beirates am 9.5.2007, dass eine Zerschneidung oder Verkleinerung von Gärten auf diesem Grundstück nach Möglichkeit zu vermeiden sei. Vor 15 Jahren haben viele Menschen entschieden, sich dort anzusiedeln und standen vor der Abwägung, welches Baugrundstück sie kaufen wollen. Diejenigen, die sich für die Eckgrundstücke an den Wendehammern der Maddo-Klüver-Straße und der Martin-Meiners-Straße entschieden haben, meinten damals, dass sie mit diesen Grundstücken am besten bedient wären. Dies erweist sich heute als Trugschluss, weil jetzt genau diese Anwohner mit dem Bau einer Straße rechnen müssen obwohl damals nur ein Fußweg geplant war.

Außerdem bemerkt er, dass es eine Frage der Baukosten sei, die Ost-Variante als die Vorzügliche darzustellen.

Er unterstützt die Ausführungen von Herr Scharf was die Verkehrssituation angeht. Nach mehreren Ortsbesichtigungen erscheint ihm der Kreisverkehr im Norden als Pluspunkt, gerade weil der Verkehr dort nicht im 90 Grad Winkel herangeführt wird verläuft der Verkehr dort langsamer. Dort könnte man, ohne im großen Umfang Buschwerk und Bäume zu entfernen, gut auf die Straße ein und abfahren.

Er zeigt Fotos, um die Situation zu aufzuzeigen. Diese zeigen, wie eng es dort ist, wo 2007 der Fußweg zur Meinert-Löffler-Straße geplant war. Ein weiteres Bild zeigt den schmalen „Feldweg“ in der Beckstraße. Dieses macht klar, dass eine Zuwegung über die Beckstraße wegen der Gegenverkehre, Müllabfuhr usw. ungeeignet erscheint. Man muss in Rechnung stellen, dass eine entsprechende Straßenbreite bei dieser neu angedachten Verbindung benötigt wird. Es müsste die Abschirmung durch das Grün entfernt werden, um dort eine entsprechende Straße zu bauen. Er bittet alle diejenigen, die sich mit den Planungen beschäftigen, sich die Situation vor Ort anzuschauen. Er plädiert dafür, dass die damaligen Beschlüsse des Beirates Vegesack von 2007 und 2009 bekräftigt werden und dass der neue Plan eine andere Variante vorsieht. Die Idee mit dem Ringschluss findet er persönlich sehr

gut. Er bittet aber darum, falls es zu den angedachten Verkäufen des Gartenlandes kommt, dieses an die Anwohner zu verkaufen, die es schon seit vielen Jahren pachten. Man muss die Interessen der anwesenden Anwohner mit einer anderen Straßenführung wahren und gleichzeitig der Intension von Herrn Mosel nachgeben, im hinteren Bereich attraktives Bauland zu schaffen.

Auch Herr Buchholz sieht die Zuwegung auf das Grundstück als Kern des Problems. Er geht davon aus, dass niemand im Beirat die Notwendigkeit der Wohnbebauung in diesem Bereich bestreiten wird. Er strebt eine friedliche Lösung an, auch wenn das nicht die preiswerteste Lösung ist. Aus seiner Sicht ist von Seiten der Planer noch nicht genügend zu der Erschließung von Norden und Süden gesagt worden. Er nimmt sehr ernst, was zur Topographie und zum Kanalbau gesagt wurde. Jeder kann sich ausrechnen, dass dies die Erschließungskosten in die Höhe treiben wird und die Wirtschaftlichkeitsberechnung erneuert werden muss. All dies muss man sich jedoch leisten um eine zukunftsweisende Lösung zu finden, mit der vernünftig umgegangen werden kann.

Er unterstützt die Ausführungen von Herrn Scharf und weist darauf hin, dass man nicht nur die Ostvariante betrachten kann. Die Möglichkeit im Norden ist mit der geschilderten Schulbusproblematik nicht ganz einfach, allerdings hält der Bus dort ja nur zu ganz bestimmten Zeiten. Zudem ist die Aumunder Weidestraße eine Straße, die fast nur von Anliegern und aufgrund der Parksituation meist nur im Tempo 30 genutzt wird.

Die Variante der Zuwegung über die Aumunder Weidestraße müsste nochmals gründlich geprüft werden.

Frau Sprehe bestärkt, dass selbstverständlich eine Wohnbebauung auf diesem Gebiet erwünscht ist. Sie befürwortet die angedachte Ringerschließung und weist ebenfalls auf die Probleme der drei verschiedenen Varianten hin. Auf jeden Fall sind viele Anwohner von den Planungen betroffen. Es wird immer Anwohner geben, die besonders stark betroffen sein werden. Dies wird nicht zu ändern sein. Es ist ihr wichtig, dass die Nordvariante konkreter geprüft und vorgestellt wird.

Herr Degenhard bekräftigt dass jede Variante Vor- und Nachteile hat. Daher findet er es sehr erstaunlich, dass die Planer die Ostvariante so sehr favorisieren. Aus Sicht der Bürger in Wut ist es eine kluge Entscheidung, über die Nordvariante nochmals nachzudenken.

Herr Kiener hält die Erschließung über die Beckstraße für die Kanalführung für die günstigste Lösung, falls der vorhandene Kanal dafür ausgelegt ist. Ein Teil der Abwässer müsste ja ohnehin über die Beckstraße abgeführt werden.

Der Vorsitzende bittet Herrn Romeiser, zu den Argumenten der Vorredner eine Stellungnahme abzugeben.

Herr Romeiser wundert sich, dass die Nordvariante vorgezogen wurde. Dies kann er nicht nachvollziehen. Er findet die günstigste Variante für alle Beteiligten eine Erschließung über die Beckstraße. Es gibt dort einen Freistreifen und das ist für die Kanalverbindung optimal. Es liegen aber aus Sicht der Planer Bedenken vor, ob die Beckstraße als Nebenstraße in der Lage sei, den zusätzlichen Verkehr aufzunehmen.

Es wird sicherlich dazu führen, dass alle drei Varianten nochmals gegeneinander abgewogen werden müssen. Er hält persönlich die Nordvariante für die schlechteste Variante weil sehr viele Anwohner betroffen wären und die Verkehrssituation dort sehr kompliziert ist.

Herr Pörschke fragt warum ein Planungsprozess von vielen Jahren auf einmal kaum noch Bedeutung haben soll. Die Vorgänger im Bauamt haben sich damals sicherlich auch über die Fragen der Lärmbelästigung, Kanalführung etc. Gedanken gemacht. In der ursprünglichen Vorlage heißt es: „darüber hinaus wurden im Verfahren weitere Erschließungsmöglichkeiten geprüft. Als Ergebnis stellte sich heraus, dass die Erschließungsvariante mit den zwei Stichstraßen die bevorzugte Variante bleibt. Alle anderen Erschließungen weisen zu hohe

Belastungen für Anlieger und Nachbarn auf.“ Dies gilt es abzuklären. Herr Pörschke stellt fest, dass das Gebäude, welches in den Plänen im Norden noch immer eingetragen ist, leer steht und sich die Situation anders darstellt. Dadurch sei das Grundstück anders zu nutzen. Die größere Breite könne dort zur Abschirmung der Anwohner vor Lärm und Sichtbelästigungen eingesetzt werden. Er bittet darum, bei Prüfung der Nordvariante darzulegen, wie die Interessen der Anwohner dort gewahrt werden können. Sie sollen möglichst minimal belastet werden.

Der Vorsitzende macht noch einmal deutlich, dass es noch mehrere Beteiligungsmöglichkeiten für die betroffenen Anwohner geben wird. Er ermuntert die anwesenden Anwohner zu Wortmeldungen.

Ein Anwohner der Beckstraße zeigt sich erstaunt, dass die Anbindung über die Beckstraße von Herrn Romeiser als die beste Möglichkeit beschrieben wurde. Es sei sicherlich die kürzeste Möglichkeit, aber er erinnert, dass die Beckstraße eine Wohnstraße ist. In der Beckstraße laufen jeden Morgen viele Kindergartenkinder und Schulkinder im Grundschulalter. Außerdem wird über die Beckstraße ein stark frequentiertes Fitnessstudio angefahren und die Straße wird als Fly-Over von der Meinert-Löffler-Straße zur Hammersbecker Straße genutzt. Durch die vielen Neubauten in der Beckstraße ist diese Straße am Rande seiner Kapazität angelangt. Er findet es unglaublich, dass dort eine Erschließungsmöglichkeit gesehen wird.

Ein weiterer Anwohner der Martin-Meiners-Straße unterstützt ausdrücklich die Aussagen der Beiratsmitglieder und begrüßt die Wohnbebauung des Gebietes. Er vertraut darauf, dass die Anwohner dort auch das bekommen, was ihnen vor 20 Jahren versprochen wurde, nämlich dass es in dem Bereich, welcher hier Ostvariante genannt wird, definitiv nur eine fußläufige Zuwegung in Richtung Friedhof geben soll. Er bekräftigt die Interessen für den gesamten Bereich zu unterstützen, vertraut aber darauf, dass der Beirat die richtige Entscheidung findet.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, formuliert der Vorsitzende eine Beschlussvorlage. *Der Beirat begrüßt grundsätzlich eine Wohnbebauung auf dieser Fläche, jedoch wird zum derzeitigen Zeitpunkt eine Zufahrt über die Meinert-Löffler-Straße ablehnt. Die Planer werden gebeten, alternativ auch eine Zufahrt aus dem Norden – Aumunder Weidestraße und auch eine Zufahrt aus Richtung Süden – Beckstraße zu prüfen und zu planen und in einem Abwägungsprozess dem Beirat vorzulegen.* Darüber hinaus schlägt er vor, auch das Amt für Straßen und Verkehr aufzufordern, die verkehrlichen Auswirkungen auf die Aumunder Weidestraße, die Meinert-Löffler-Straße und die Beckstraße bei einer jeweiligen Erschließung in diese Richtung zu prüfen, zu bewerten und dem Beirat darüber zu berichten.

Herr Scharf sagt daraufhin, dass er den Zusatz Beckstraße ablehnt, die CDU besteht darauf, dass die Beckstraße komplett aus dem Diskussionsprozess heraus gehalten werden muss.

Frau Sprehe betont, dass es nicht der richtige Weg sei, sich von vornherein gegen die Erschließung von Seiten der Meinert-Löffler-Straße auszusprechen. Es sollte noch alles offen sein bis die entsprechenden Stellungnahmen vorliegen, wobei die verkehrliche Situation in der Beckstraße eine große Rolle spielen wird.

Herr Degenhard schließt sich der Äußerung von Frau Sprehe an. Er hofft, dass bei der Prüfung neue Aspekte und Betrachtungswinkel gefunden werden.

Frau Wiedau wirft ein, dass sie sich im Vorfeld nach den Belastungen der Beckstraße, Meinert-Löffler-Straße und Aumunder Weidestraße erkundigt hat und dass das Ergebnis einer weiteren Prüfung sein kann, dass alle Straßen für die Aufnahme der Verkehre aus dem Baugebiet geeignet seien. Sie stellt sich die Frage, welche Punkte es sein werden die für die eine oder die andere Ausfahrt sprechen.

Herr Ackermann zeigt nochmals auf, wie die Planer an die verschiedenen Probleme herangegangen sind und erläutert, dass im Bereich Meinert-Löffler-Straße genug Platz für eine Straße vorhanden ist. Der Hinweis, dass in der Meinert-Löffler-Straße zu schnell gefahren wird, dürfe nicht zum Ausgangspunkt von Planungen gemacht werden. Außerdem weist er ausdrücklich darauf hin, dass Grün keinerlei Lärmschutzfunktion hat, sondern eher eine psychologische Wirkung.

Herr Buchholz bittet um Unterbrechung und weist darauf hin, dass er größten Wert darauf legt, dass alle drei Varianten mit derselben Akribie geprüft werden, wie der bisher vorliegende Vorschlag.

Herr Pörschke ergänzt dass die einseitige Festlegung für die Einmündung auf die Meinert-Löffler-Straße, durch die Investoren, abgelehnt wird. Die Gesamtplanung der Anbindung sollte nochmals überprüft werden unter Einbindung aller relevanten Faktoren.

Die Sitzung wird für 10 Minuten unterbrochen. Die Beiratsmitglieder werden gebeten sich für eine gemeinsame Beschlussfassung zu verständigen.

Der Vorsitzende eröffnet erneut die Sitzung.

Herr Pörschke wird gebeten die Beschlussformulierung vorzutragen.

Beschluss:

Der Beirat bekräftigt die grundsätzliche Zustimmung der Bebauung der ehemaligen Friedhofserweiterungsflächen. Begrüßt wird die Idee einer Ringerschließung. Der Beirat fordert darüber hinaus mit Nachdruck eine erneute Überprüfung der gesamten Frage der verkehrlichen Anbindung unter Einbeziehung aller relevanten Faktoren. Das ASV wird aufgefordert die verkehrlichen Auswirkungen als Ganzes zu prüfen und zu bewerten und dem Beirat vorzustellen.

Tagesordnungspunkt 4 Schulschiff Deutschland

Der Vorsitzende stellt fest, dass niemand der geladenen Gäste erschienen ist. Er erläutert kurz, warum es wichtig gewesen wäre, dass ein Mitglied des Schulschiffvereines von den Aktivitäten des Vereines berichtet und schlägt vor, für die nächste Sitzung erneut einzuladen.

Herr Degenhard ist der Meinung dass ein unentschuldigtes Wegbleiben nicht kommentarlos hingenommen werden kann.

Der Vorsitzende ist sich sicher, dass sich das Fehlen des Vereinsvorstandes aufklären wird.

Es wird beschlossen, den Punkt „Schulschiff Deutschland, - Zustand des Großseglers, - Aktivitäten zur Vermarktung“ auf die nächste Tagesordnung zu setzen.

Tagesordnungspunkt 5 Situation Alte Hafenstraße – entfällt

Der Vorsitzende berichtet, dass das Amt für Straßen und Verkehr keinen Referenten entsenden konnte. Er hat in einem längeren Gespräch mit der zuständigen Referentin, Frau Osterloh, verabredet, dass ein kompetenter Gesprächspartner in eine Einwohnerversammlung kommen wird, damit alle Anwohner die Gelegenheit haben, die notwendigen Informationen zu erhalten und sich entsprechend einbringen können. Er schlägt vor, das Verfahren umzudrehen, also zunächst eine Einwohnerversammlung durchzuführen um anschließend, mit dem Votum der Anwohner, im Beirat Beschlüsse zu fassen.

Frau Sprehe bittet darum, dass die Ausarbeitungen des ASV den Fraktionen schon vor der Einwohnerversammlung zur Kenntnis gegeben werden.

Herr Pörschke bittet dringend darum, dass das falsch aufgestellte Verkehrsschild in der Alten Hafestraße schnellstmöglich richtig aufgestellt wird, damit Autofahrer wissen, dass sie zu bestimmten Zeiten dort nicht fahren dürfen.

Der Vorsitzende erinnert an die Beschlüsse des Verkehrsausschusses, die besagen, dass das Schild umgestellt werden muss und dass für die Alte Hafestraße Tempo 30 angeordnet werden soll.

Beschluss:

Der Beirat beschließt die Durchführung einer Einwohnerversammlung in den Räumen der Kito vor den Sommerferien (31. Juli 2014) in der zweiten Julihälfte.

Tagesordnungspunkt 6

Einsetzung eines nicht ständigen Ausschusses

Der Vorsitzende ruft den nächsten Tagesordnungspunkt auf und erinnert an dem Beschluss des Beirates, einen Ausschuss einzusetzen, der sich um die Betreuung und Integration der Flüchtlinge kümmern soll. Er schlägt vor, diesen Ausschuss mit sieben Mitgliedern zu besetzen. Die Fraktionen, die kein stimmberechtigtes Mitglied entsenden dürfen, stellen je ein Mitglied mit beratender Stimme, sodass letztendlich neun Vertreter aus den Beiratsfraktionen dem Ausschuss angehören.

Es gibt keinen weiteren Diskussionsbedarf.

Beschluss:

Der Beirat beschließt die Einsetzung eines nichtständigen Ausschusses für die Betreuung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Vegesack.

Tagesordnungspunkt 7

Besetzung des Ausschusses gem. Zif. 6

Der Vorsitzende erläutert wie sich die Zugriffsrechte entsprechend des Bürgerschaftswahlergebnisses 2011 aufteilen. Stimmberechtigt entsandt werden können von:

SPD	3 Mitglieder
CDU	2 Mitglieder
Grüne	1 Mitglied
BIW	1 Mitglied

Beratend tätig werden in dem Gremium jeweils ein Mitglied von den Linken und der FDP. Er weist darauf hin, dass das Verhältnis zwischen Beiratsmitgliedern und Sachkundigen Bürgern in jedem Fall ein stärkeres für die Beiratsmitglieder sein muss, d.h. 4 zu 3. Anschließend bittet er in der Reihenfolge der Zugriffsrechte die einzelnen Fraktionssprecher um die Benennungen und die anschließende Abstimmung on Block.

Die Reihenfolge der Zugriffsrechte lauten wie folgt:
SPD, CDU, Grüne, SPD, BIW, SPD, CDU,

Beschluss:

Die folgenden Personen werden einstimmig in den Ausschuss entsandt:

SPD	Jochen Windheuser
CDU	Detlef Scharf

Grüne	Thomas Pörschke
SPD	Heike Sprehe
BIW	Cord Degenhard
SPD	Gundram Keßenich
CDU	Gisela Bömack

Beratend dürfen FDP und Linke je eine Person benennen.

Beschluss:

Folgende Personen werden einstimmig als beratende Mitglieder in den Ausschuss entsandt:

FDP	Brigitte Palicki
Linke	Sabri Kurt

Vor der Sommerpause soll zu einer konstituierenden Sitzung eingeladen werden. Der Vorsitzende schlägt vor, für die inhaltliche Beratung z.B. die Willkommensinitiative, die Senatorische Behörde und den Träger der Einrichtungen als Gäste in diese Ausschusssitzung einzuladen.

Tagesordnungspunkt 8
Anträge und Anfragen der Parteien

Dem Vorsitzenden liegen ein Antrag und eine Anfrage vor, beides bezieht sich auf die Wohnsituation in dem Mehrfamilienhaus Arend-Klauke-Str. 2a,b.

Herr Scharf erläutert die dortige Situation. Die Bewohner haben im Moment kein Wasser, weil der Vermieter die Abgaben nicht bezahlt. Außerdem verlangt der Vermieter von der öffentlichen Hand überhöhte Mieten für die dort untergebrachten Menschen.

Der Vorsitzende hat sich nach der Zeitungsberichterstattung über die dortigen Zustände mit den Anwohnern und dem Amt für Soziale Dienste in Verbindung gesetzt. Er ergänzt, dass der folgende Antrag nur für die Wohnungen gelten kann, für die das Amt für Soziale Dienste oder die öffentliche Hand auch die Mieten zahlt. Die privaten Mieter müssen selber aktiv werden.

Herr Riebau ergänzt, dass der Senator für Soziales aufgefordert werden muss, andere Wohnmöglichkeiten für die Betroffenen zu schaffen. Das Bauamt muss aufgefordert werden, das Gebäude insgesamt zu prüfen, ob es für eine Vermietung in der Größenordnung geeignet sei.

Herr Degenhard fragt sich, warum es die Stadt als Mediator nicht schafft, zwischen SWB und den Mietern eine Vereinbarung zu treffen, dass die Mieter direkt die Gebühren an die SWB zahlen, damit sie sofort wieder Wasser bekommen können. Er würde dieses Gespräch auch führen, falls das niemand anders übernehmen kann. Er hält es für ein großes Armutszeugnis, dass bisher keiner solch eine Lösung herbeiführen konnte.

Herr Kiener würde es interessieren, wie viele Personen dort gemeldet sind. Es sei zu prüfen, ob es überhaupt zulässig ist, dort so viele Menschen unterzubringen.

Herr Pörschke dankt Herrn Scharf für den Antrag und die Anfrage und das persönliche Engagement, als Feuerwehr Trinkwasser zur Verfügung zu stellen.

Beschluss:

Der Beirat fordert die Senatorin für Soziales auf, die Wohnsituation der Familien in dem Mehrfamilienhaus Arend-Klauke-Str. 2 a,b in puncto Quadratmeter Wohnfläche pro Person, Zustand der Wohnräume und die Angemessenheit der Miete pro Quadratmeter zu prüfen. Das Amt für Soziale Dienste wird außerdem aufgefordert, die Bewohner schnellstens anderweitig unterzubringen.

Das Bauamt Bremen-Nord wird aufgefordert, die bauordnungsrechtliche Zulässigkeit der dortigen Wohnverhältnisse unverzüglich zu prüfen.

Die CDU fragt die Senatorin für Soziales:

1. Seit wann ist dem Ressort bekannt, dass den Mietern eine Abschaltung des Wassers drohte?
2. Was hat das Sozialressort bisher unternommen, um dies zu verhindern?
3. Was will das Ressort jetzt unternehmen, um den Menschen zu helfen?
4. Gibt es Vorschläge seitens des Ressorts, um mit der SWB eine Einigung zu treffen?

Die Anfrage wird ebenfalls weitergeleitet.

Tagesordnungspunkt 9 Mitteilungen des Ortsamtsleiters

Der Vorsitzende berichtet von der Schulbedarfsplanung für das Schuljahr 2014/2015. Dazu hat eine Bildungsausschusssitzung stattgefunden. In der Schule Hammersbeckerstraße wird im kommenden Jahr eine Einzügigkeit durchgeführt. Das Bildungsressort hat dazu festgestellt, dass es sich nur um dieses eine Schuljahr handeln soll und hat dies auch schriftlich bestätigt.

Tagesordnungspunkt 10 Mitteilungen der Beiratsprecherin

Frau Sprehe erinnert an den Regionalausschuss am 17. Juni und gibt bekannt, dass der Punkt „Kohletransporte“ auf der Tagesordnung steht. Es findet wieder eine Bürgersprechstunde am 25. Juni mit ihr und Herrn Pörschke statt. Der nächste Ausschuss für Bürgerschafts- und Beiratsangelegenheiten am 1. Juli entfällt. Bei der Beiräte Konferenz wurde sie urlaubsbedingt von Herrn Pörschke vertreten.

Herr Pörschke berichtet dazu: Eines der wichtigen Themen war die Jugendbeteiligung in Bremen und die Richtlinie zur Beteiligung von Beiräten. Die Beiratsmitglieder mögen alle Informationen aus den herumgesandten Unterlagen entnehmen, es hat noch keinerlei Beschlüsse dazu gegeben.

Außerdem berichtet Herr Pörschke von der letzten Bürgersprechstunde, die ausgesprochen gut besucht war. Es ging vorwiegend um die Belastungen durch die Kohletransporte der Farge-Vesacker Eisenbahn. Er hat die Betroffenen auf die Regionalausschusssitzung hingewiesen. Zu den bekannten Beeinträchtigungen durch die Kohletransporte kamen noch Beschädigungen an den Häusern durch den Bahnverkehr an einzelnen Stellen. Außerdem hält er es für unabdingbar, dass entlang der Strecke Lärmmessungen durchgeführt werden. Der Vorsitzende ergänzt, dass die Einwohner auch im Ortsamt waren und eindrucksvolle Fotos vorgelegt haben, die die Abgaswolken der Lokomotive zeigen. Zum Thema Messungen erinnert er an Beschlüsse des Beirates und den Ablehnungsbescheid des Gewerbeaufsichtsamtes mit der Begründung, dass nicht die Spitzenlärmbelastungen zählen, sondern ein Durchschnittswert ermittelt wird. Er schlägt vor dies nochmals in der Regionalkonferenz nachdrücklich zu fordern.

Tagesordnungspunkt 11 Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

Herr Riebau berichtet dass die Beleuchtung am Niedergang zum Stadtgarten in Höhe Bempohlstraße noch immer außer Betrieb ist.

Herr Scharf berichtet dass die Reste des Osterfeuers am Oeversberg noch immer dort liegen. Der Veranstalter des Osterfeuers muss diese beseitigen.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 20:45 Uhr.

Dornstedt
Vorsitzender

Zilm
Schriftführerin

Sprehe
Beiratssprecherin